

Die Fürsorgeaktion im Rathause.

Ein anschauliches Bild über die Aktion der Zentralstelle der Fürsorge im Rathause lieferte der Rechnungsabluß, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner der letzten Vollversammlung vorgelegt hat. An dieser Sitzung nahmen Prinz Eduard Liechtenstein vom Ministerium des Innern, Vizepräsident Wagner Ritter v. Kremstal (Statthalterei), Landesauschuß Mayer und Regierungsrat Huemer (niederösterreichische Landesvertretung), Oberst Börner (Militärkommando), Regierungsrat Post (Polizeidirektion), die drei Vizebürgermeister, eine Anzahl Gemeinderäte und Beamte des Magistrates teil. Nach dem Rechnungsabluße über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralstelle für das erste Halbjahr 1915 betragen die Gesamt-Einnahmen 5,536.582 Kronen, die Gesamt-Ausgaben 3,860.337 Kronen, der verfügbare Kassarest daher 1,676.245 Kr. nach dem Stande vom 30. Juni 1915; er ist aber jetzt auf 788.000 Kronen gesunken.

Da die Mittel der Zentrale zur Neige gehen, sei es notwendig — bemerkte der Bürgermeister — neuerdings durch einen Aufruf an die Opferwilligkeit der Bevölkerung zu appellieren.

Prinz Liechtenstein meinte, der Grund für das Abflauen der Sammelthätigkeit sei in der Dezentralisierung derselben zu suchen; er habe bereits beim Minister des Innern wegen Herausgabe einer kaiserlichen Verordnung vorgeschrieben, welche auch zugesichert wurde.

Auf Antrag des Bürgermeisters wurde beschlossen, an die Regierung heranzutreten, damit geeignete Verfügungen erlassen werden, durch welche die Einleitungen von Sammlungen für Kriegsfürsorgezwecke an eine behördliche Bewilligung geknüpft, die bewilligten Sammlungen unter staatliche Kontrolle und unbefugte Sammlungen unter entsprechende Strafen gestellt werden.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller legte einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der von ihm geleiteten Flüchtlingsfürsorgestelle vor.

Gemeinderat Steiner fragte, ob dem Bürgermeister bekannt ist, daß unter dem Titel „Kriegsfürsorgeamt“ Gelder gesammelt werden, die zur Erbauung von Invalidenheimen verwendet werden sollen. Namens der Bevölkerung müsse er gegen eine solche Verwendung von privaten Kriegsfürsorge Spenden protestieren. Der Bürgermeister erklärt sich bereit, die Beschwerde dem Kriegsminister zur Kenntnis zu bringen.